

Alternativ-Kongress »Planet Diversity«: UN-Konferenz muss biologische Vielfalt schützen

Ende der Fischerei bis 2050?

UN-Konferenz: Gabriel warnt vor Scheitern

Berlin (epd/ND). Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat wenige Tage vor Beginn der UN-Konferenz über Biodiversität in Bonn eindringlich vor einem Scheitern des Treffens gewarnt. Beim Erhalt der biologischen Vielfalt gehe es um die Frage, wie die wachsende Weltbevölkerung weiter ausreichend mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Medikamenten versorgt werden könne, sagte Gabriel am Mittwoch in Berlin. Obwohl 190 Vertragsstaaten bereits 1992 eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung getroffen hatten, um den Verlust der Artenvielfalt bis 2010 entscheidend zu verringern, sei »wenig bis gar nichts« getan worden, kritisierte er.

Gabriel warnte, das Artensterben vollziehe sich derzeit hundert- bis tausendfach schneller als in seiner natürlichen Geschwindigkeit. Dies bedeute etwa, dass bis 2050 die kommerzielle Fischerei komplett zum Erliegen kommen könne, mit dramatischen Folgen für die Welternährung. Bei der Konferenz vom 19. bis 30. Mai gehe es weniger um den Abschluss neuer Verträge als darum, »überhaupt mal zu Textentwürfen und einer Verhandlungsstruktur zu kommen. Zu den wichtigsten Zielen gehörten dabei Fortschritte im Kampf gegen Biopiraterie.

Angriff auf Afrikas Bauern

Mamadou Goita, Umweltaktivist aus Mali, kritisiert Saatgutkonzerne



Mamadou Goita ist Bauer und Wissenschaftler am Institut für Forschung und Förderung von alternativer Entwicklung (IRPAD) in Mali. Er ist gleichzeitig Aktivist im Netzwerk COPAGEN (»Coalition for the Protection of African Genetic Heritage«), das sich für den Schutz des genetischen Erbes in Afrika einsetzt.

Foto: Susanne Götze

● Sie haben am Montag zusammen mit tausenden Menschen aus der ganzen Welt in Bonn für mehr biologische Vielfalt demonstriert und nehmen derzeit am Kongress »Planet Diversity« teil. Worauf wollen Sie aufmerksam machen?

Wir sind hier, um die Vielfalt zu feiern – die biologische wie die kulturelle. Wir wollen die multinationalen Konzerne bekämpfen, die im Begriff sind, sich die biologischen Ressourcen Afrikas anzueignen. Denn das Verhalten der großen Konzerne ist ein Angriff auf unsere Bauern. Sie wollen uns Vorschläge aufräumen, wie gentechnisch veränderte Pflanzen anzubauen sind. Doch diese Vorschläge lösen weder das Hungerproblem, noch bringen sie die afrikanische Landwirtschaft voran. Unsere Botschaft an die UN-Verhandlungen ist deshalb, dass sich die Menschen aus allen Kon-

inenten gegen eine Privatisierung der biologischen Vielfalt stellen sollen. Wir sagen Nein zur Patentierung von Leben und Nein zur Herrschaft der multinationalen Konzerne über unsere Landwirtschaft.

● Was bedeutet biologische Vielfalt für die afrikanischen Länder, und warum ist sie so wichtig für diese?

Saatgut wurde bei uns immer geteilt, es wurde solidarisch damit umgegangen. Mit der Einführung der Grünen Gentechnik will man das Saatgut privatisieren und alle kollektive Tradition verdrängen. Doch das Saatgut ist die Basis unserer Produktion. Wer es beherrscht, beherrscht das ganze Leben. Die Einführung gentechnisch veränderter Pflanzen käme einer völligen Auflösung unserer landwirtschaftlichen Produktion

gleich. Die derzeitige Vielfalt des lokalen Saatgutes würde sich drastisch verringern. Die Bauern, die Geld haben, könnten sich dann das teure transgene Saatgut leisten und die, die keine Mittel haben, würden leer ausgehen – und das sind über 80 Prozent in Afrika. Die Folgen sind bekannt: Die Bauern geben die Landwirtschaft auf und wandern in die Städte und Slums ab oder flüchten nach Europa.

● Wie sieht es denn in Ihrem Land, in Mali, aus: Wie stark ist der Druck internationaler Saatgutkonzerne und zugleich der Widerstand gegen gentechnisch veränderten Organismen?

In Mali gibt es so gut wie keinen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen. Wir haben entschieden Widerstand geleistet. Seit zehn Jahren versuchen Monsanto und Syngenta, die beiden größten Saatgutkonzerne, ihre Ware in Mali und ganz Afrika loszuwerden. Das gilt vor allem für Baumwolle, die besonders in Ägypten, Burkina Faso und Mali angebaut wird. Ein großes Bündnis von Bauern, Verbrauchern und Nichtregierungsorganisationen hat es aber in Mali geschafft, die Einführung von Grüner Gentechnik zu verhindern.

● Durch die aktuelle globale Nahrungsmittelkrise wird sich aber der Druck der Multis noch verstärken. Was erwarten Sie angesichts dieser neuen Offensive?



Protest von Gentechnikgegnern am Montag in Bonn

Foto: dpa

Ich spreche mit sehr vielen Menschen in verschiedensten afrikanischen Ländern. Der Präsident eines afrikanischen Landes gestand mir erst kürzlich hinter vorgehaltener Hand, dass die großen Gentechnikkonzerne hartnäckig jeden Tag aufs Neue ihre Produkte anbieten. Auf Grund der Nahrungsmittelkrise wird das jetzt noch schlimmer. Dabei haben die westliche Politik und die großen Unter-

nehmen diese Krise selbst geschaffen: durch subventionierte Importe und diktierte Strukturmaßnahmen, die die kleinbäuerlichen Strukturen seit Jahrzehnten systematisch zerstören. Wir könnten uns sehr wohl selbst ernähren, denn wir haben einen reichen Schatz an landwirtschaftlichen Traditionen. Doch dies ist eben nicht gewollt.

Fragen: Susanne Götze

Vielfalt ist die beste Verteidigung

Agrarexperten aus aller Welt diskutieren über alternative Landwirtschaft

Von Susanne Götze

Auf dem Kongress »Planet Diversity« diskutieren Biobauern, Wissenschaftler und Agrarexperten aus Nichtregierungsorganisationen in Workshops und Podiumsgesprächen über alternative Konzepte für die Landwirtschaft. Dabei geht es nicht um »Maschinenstürmerei«, sondern um einen neuen Begriff der Wissenschaft und des Fortschritts in der Agrarwirtschaft.

»Probleme nachhaltig zu lösen, heißt, sie mit Mitteln der Natur zu lösen«, sagt Hans Herren, Präsident des Millennium-Instituts und Vize-Chef des Weltagrarrates. Dies gelte gerade für die Landwirtschaft. Doch da man mit natürlichen Lösungen kein Geld machen könne, seien diese nicht sonderlich beliebt, fügt er lakonisch hinzu. Herren nennt ein Beispiel: Vor Jahren sei die Schmierlaus unbeabsichtigt von Südamerika nach Afrika eingeführt worden, wo sie die Cassava, ein wichtiges Nahrungsmittel, befallen habe. Doch statt den Schädling wie von der Industrie empfohlen mit Insektiziden zu bekämpfen, habe man schlicht einen natürlichen Feind der Laus gesucht, schließlich auch gefunden und somit das Problem auf ökologische Weise gelöst.

Der chilenische Professor Miguel Altieri, der seit über 25 Jahren in den USA über ökologische Landwirtschaft forscht, ist zu der Erkenntnis gekommen, dass die konventionelle Intensivlandwirtschaft weder für den Menschen noch für die Umwelt nachhaltig ist. Seine Forschungsergebnisse und sein Wissen habe er durch regen Austausch mit den Bauern auf seinen Reisen durch Lateinamerika gewonnen, berichtet er. »Es gibt keine Patentrezepte, wie es uns die



Die Cassava-Knolle ist ein wichtiges Nahrungsmittel in Afrika.

Foto: AFP

großen Konzerne weismachen wollen, denn jede Region und jedes Ökosystem sind anders und haben ihre eigene Logik.« Nur wenn traditionelles Wissen, Forschung und der Respekt vor der Natur Hand in Hand gingen, könne sich die Menschheit den großen Herausforderungen erfolgreich stellen. Man müsse in der Landwirtschaft in Prozessen denken und nicht in simplen Input-Output-Gleichungen, meint Altieri mit einem Seitenhieb auf Agrarmultis, die durch Grüne Gentechnik und chemische Zusätze vor allem auf einseitige Quantitätssteigerung setzen.

Die deutsche Biologin Ricarda Steinbrecher, die für die britische Nichtregierungsorganisation EcoNexus arbeitet, bringt diese Philosophie auf den Punkt: Fortschritt sei kein linearer Weg, sondern man müsse in verschiedene Richtungen denken. Über die eindimensionale Technikgläubigkeit vieler Regie-

rungen und Unternehmen, eine typisch westliche Sichtweise, kann sie nur den Kopf schütteln: »Es kommt ein Punkt, wo sich die selbst geschaffenen Probleme überschlagen werden«, so Steinbrecher. Deshalb sollten in die Agrarforschung auch andere Wissenschaften wie die Soziologie einbezogen werden. Biologisch gesehen müsste sich alle Forschung auf Erhalt und Vermehrung der Biodiversität konzentrieren, denn: »Vielfalt ist die beste Verteidigung.« Monokulturen und die Verringerung der Artenvielfalt durch die Grüne Gentechnik würden die Landwirtschaft anfällig für Krankheiten machen.

Als Hoffnungsschimmer bezeichnet Miguel Altieri vor allem kleine Farmer, die sich auf ihre Traditionen besinnen. Durch lokalen Austausch von Saatgut und biologische Bewirtschaftung ihrer Felder würden sie wieder mehr Vielfalt auf den Äckern schaffen.

Die Gentech-Lobby sitzt mit am Tisch

Studie belegt Beeinflussung von Behörden

Von Mona Grosche

In deutschen Behörden, die für die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen zuständig sind, pflegen Entscheider oft engste Verbindungen zur Gentechnik-Lobby. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Studie, die am Mittwoch in Bonn vorgestellt wurde.

»Es kann hier wirklich von einem Sicherheitsrisiko gesprochen werden«, bringt Ulrike Höfken, Sprecherin für Ernährungsfragen und Verbraucherschutz in der Grünen-Bundestagsfraktion, das Ergebnis der Studie auf den Punkt. Die darin genannten Beispiele zeigen ihrer Ansicht nach deutlich, dass es in Sachen Zulassung von Gentechnik keine eindeutige Unterscheidung zwischen Kontrollierten und Kontrollierten mehr gebe.

»Wir haben hier zum ersten Mal aufgezeigt, wie das System gegenseitiger Einflussnahme funktioniert«, so Christoph Then, einer der beiden Autoren der Studie. Die Verflechtungen zwischen Politik und Industrie aufzudecken sei schwierig, denn Gentechnik-Multis wie Bayer und BASF seien selbst nicht in dem Geklügel tätig. Dafür saßen Vertreter von »Spezialagenturen« als deren Dienstleister in Arbeitskreisen und »unabhängigen« Wissenschaftlerverbänden mit den Vertretern der Politik an einem Tisch.

»Gemeinsame Gespräche von Wirtschaft und Politik sind natürlich nicht verwerflich, sondern an der Tagesordnung«, betonte Höfken. Doch wenn etwa ein Entscheider im Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) gleichzeitig Mitglied

der »Public Research and Regulation Initiative« sei, die auch von Gentech-Befürwortern in den USA und Kanada sowie dem internationalen Gentechnik-Industrieverband CropLife International finanziert werde, dann hat das nach Ansicht von Co-Autorin Antje Lorch mehr als nur einen leichten Beigeschmack.

Dies ist kein Einzelfall, wie die Autoren versichern. Auch Mitarbeiter des Julius-Kühn-Instituts (früher Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft) und des Bundesagrarministeriums pflegen engste Verbindungen zur Gentechnik-Industrie. »Und das sind nur die Ergebnisse aus öffentlich zugänglichen Informationen«, betonte Lorch. Selbst Parlamentarier Höfken zeigte sich vom Resultat der Studie überrascht: »Ich habe nicht gewusst, welche Vernetzungen in den einzelnen Bundesbehörden mit Lobbyorganisationen und mit Wirtschaftsvertretern bestehen.«

Für die Grünen-Politikerin zeigt insbesondere die Zulassung der Genmaissorte MON810 von Monsanto, wie die Industrie ihre Interessen durchgesetzt habe: MON810 bekam vom BVL seinen Segen, obwohl das von der EU geforderte Monitoring zunächst ganz fehlte und dann unzureichend umgesetzt wurde. Kein Wunder, saßen doch Mitarbeiter der Behörde mit Lobbyisten an einem Tisch, um die Bedingungen für die Freisetzung festzulegen. Da lasse es wenig Gutes erwarten, wenn Bundesminister Horst Seehofer angesichts der gestiegenen Nahrungsmittelpreise laut darüber nachdenkt, gentechnische Verunreinigungen in Futtermitteln zu tolerieren.

NABU-Vorschläge

Kurz vor Beginn der neunten UN-Konferenz zur Biodiversität in Bonn hat der Naturschutzbund (NABU) einen umfangreichen Aktionsplan zum Erhalt der Artenvielfalt in Deutschland vorgelegt. Analog zum Klimaschutz müsse die Bundesregierung ein »Integriertes Programm zur Entwicklung der Biodiversität« verabschieden, das alle Ressorts zur Überprüfung ihrer Politik verpflichtet, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke bei der Vorstellung des Plans. Unbewirtschaftete Wälder müssten auf zehn Prozent der Waldflächen eingerichtet werden. Daneben fordert der NABU die Schaffung von ökologischen Rückzugsräumen in der Landwirtschaft. Brachen, Hecken und Tümpel seien wichtige »Lebensadern« in Wiesen und Feldern für bedrohte Arten wie Feldhase, Kiebitz und Rebhuhn.

»Wir müssen in Deutschland wieder mehr Wildnis wagen. Zu diesem Zweck sollten großflächige Naturentwicklungsgebiete eingerichtet werden, in denen der Ablauf natürlicher Prozesse oberste Priorität hat«, sagte Hermann Hötter, Leiter des Michael-Otto-Instituts im NABU. Vor dem Hintergrund des Klimawandels müssten zudem verstärkt Synergieeffekte zwischen Klimaschutz und Naturschutz genutzt werden, zum Beispiel durch die Erhaltung und Renaturierung von Mooren als wichtige Kohlenstoffspeicher.

Zudem sollte ein »Bundesprogramm Biologische Vielfalt« aufgelegt werden, mit dem vorbildliche Projekte zur Umsetzung von Naturschutzziele sowie von Naturerlebnis und Bildung in Städten und Gemeinden, Verbänden sowie an Schulen und Hochschulen unterstützt würden.

ND

Neues Deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Herausgeber: Prof. Dr. Lothar Bisky
Telefon-Einwahl: (030) 2978-... Auskunfts: 1111. Fax: -1600
Internet: www.neues-deutschland.de E-Mail: redaktion@nd-online.de
Vertrieb/Aboservice: -1800, Fax: -1630, aboservice@nd-online.de
Anzeigen-Geschäftskunden: -1841, Fax: -1840, anzeigen@nd-online.de
Private Kleinanzeigen: -1844, Fax: -1840, privatanzeigen@nd-online.de

Geschäftsführer und Verlagsleiter: Olaf Koppe -1611, Fax: -1610;
Chefredakteur: Jürgen Reents (V.i.S.d.P.) -1711, Fax: -1710;
Stellvert. Chefredakteure: Wolfgang Hübner (verantwortl. für Tagesthema u. Seite 3) -1713; Gabriele Oertel (Leitung Ressort Inland) -1751;
Chef v. Dienst: Reinhard Götze -1712; Redaktionssek.: Peter Kollwe -1714;
Ressortleiter: Ausland: Olaf Standke -1731; Inland: Gabriele Oertel -1751;
Feuilleton: Hanno Harnisch -1761; Berlin/Brandenburg: Klaus Joachim Herrmann -1745; Sport/Service: Michael Müller -1771 (Leserbriefe: -1724);
Gestaltung/Herstellung: Wolfgang Wegener -1821;
Vertriebsleitung: Caroline Haube -1614, Fax: -1630;

Anzeigen Geschäftskunden: Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -1841, Sabine Weigelt -1842, Sabine Fielow -1843;
Marketing: Dirk Külow (Leitung) -1612, Fax: -1610;
Leserreisen: Dr. Irene Kohlmetz -1621, Ursula Pätzl -1620, Fax: -1650;
ND-Shop, Literatur-, Film-, Musik-Service: Manfred Ibold -1777, Monika Gadegast -1654, Fax: -1650;
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 18 vom 1. Januar 2008. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH,

Tel.: (030) 28 49 30 oder www.presse-monitor.de
Bankkonto: Berliner Bank, Konto-Nr. 588 000 3400, Bankleitzahl 100 200 00, Monatl. Abonnementpreis (inkl. MwSt. und Zustellgebühr) 23,20 €, alte Bundesländer zzgl. 0,10 € Versandkosten pro Tag, Ermäßigtes Abo 15,00 €, Soli-Abo I 26,00 €, Soli-Abo II 30,00 €, Teilabos auf Anfrage. Das Abo kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums schriftlich gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Druck: Druckhaus Schöneeweide GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin 1 2 3 4 5